

Baden-Württemberg steht hinter PFAS-Verbots-Initiative

Baden-Württemberg unterstützt die Initiative der Bundesregierung, auf EU-Ebene die Ewigkeits-Chemikalien PFAS zu verbieten.

Umweltministerin Thekla Walker: „PFAS dürfen nicht mehr in diesem enormen Umfang in die Umwelt gelangen. Die gesundheitlichen Folgen können wir heute noch nicht abschätzen.“

Umweltministerin Thekla Walker unterstützt die Initiative von Bundesumweltministerin Steffi Lemke, sogenannte PFAS in der EU ganz überwiegend zu verbieten (per- und polyfluorierte Chemikalien – eine Gruppe von mehr als 10 000 künstlich hergestellter Stoffe, deren Stoffidentitäten derzeit noch nicht vollständig bekannt sind). Einen entsprechenden Vorschlag hat die Bundesregierung gemeinsam mit vier weiteren Ländern bei der EU-Chemikalienagentur ECHA eingereicht. PFAS, auch Ewigkeits-Chemikalien genannt, werden über Jahrzehnte und Jahrhunderte nicht abgebaut, fast überall eingesetzt und stehen im Verdacht, krebserregend zu sein.

Land ist sich der Herausforderung bewusst

Ministerin Walker betont: „Ich begrüße ausdrücklich, dass dieses Thema durch die Initiative der Bundesumweltministerin und durch eine – auch von unserer Seite unterstützte – umfangreiche Medienberichterstattung in die breite Öffentlichkeit gelangt ist. PFAS dürfen nicht mehr in diesem enormen Umfang in die Umwelt gelangen. Die gesundheitlichen Folgen können wir heute noch nicht abschätzen. Und wenn diese Chemikalien den Boden verseuchen, ist ihr Abbau praktisch nicht mehr möglich.“

Ministerin Walker sieht die Problematik für die Wirtschaft, appelliert jedoch zugleich, rechtzeitig alternative Stoffe zu entwickeln beziehungsweise auf bereits vorhandene Alternativen zurückzugreifen.

Baden-Württemberg ist nicht nur, aber insbesondere durch die großräumige PFAS-Verunreinigungen in Böden und Grundwasser in Mittelbaden besonders betroffen.

„Das Land ist sich der großen Herausforderungen bewusst. Auch der Herausforderung, die PFAS im Grundwasser bedeuten, insbesondere für die kommunalen Wasserversorger im Hinblick auf sauberes Trinkwasser“, erklärt die Ministerin. Die Wasserversorger werden durch das UM dabei finanziell unterstützt, allein in der Region Mittelbaden mit über sechs Millionen Euro in den vergangenen Jahren.

Um vorhandene Wissenslücken zu schließen, hat das Land vier große Forschungsprojekte mit zahlreichen Projektbeteiligten realisiert, beispielsweise zur Entwicklung geeigneter Analyseverfahren sowie zum besseren Verständnis der in Boden und Grundwasser ablaufenden Abbau- und Transportprozesse.

Wichtig seien einheitliche und harmonisierte Grenzwerte und entsprechend normierte Analyseverfahren für die Vertreter der Stoffgruppe der PFAS, sagt Thekla Walker. Hierfür setze sich das Land seit Jahren auf nationaler und europäischer Ebene ein.

Neben den systematischen landesweiten Untersuchungsprogrammen durch die LUBW und der amtlichen Trinkwasserüberwachung wurden im Gebiet der großflächigen Bodenverunreinigungen im Raum Mittel- und Nordbaden detaillierte Untersuchungen von Boden, Grundwasser, Oberflächengewässern sowie Pflanzen und Tieren durchgeführt, um das Ausmaß der Verunreinigung abzuschätzen und den Verbraucherschutz zu gewährleisten. Aus den Boden- und Grundwasserdaten wurde ein Modell entwickelt, das die Verunreinigung des Grundwassers prognostiziert und damit den Wasserversorgern Daten für die Risikoabschätzung einer PFAS-Kontamination ihrer Brunnen liefert sowie als Grundlage für Empfehlungen zur Grundwassernutzung in einzelnen Kommunen herangezogen wird. Dieses Modell ist öffentlich einsehbar unter [PFC-Karten Online](#).

Zur Bewältigung der anfallenden Fragestellungen zu dieser großräumigen PFAS-Belastung und zur transparenten Information der Öffentlichkeit wurde im Landratsamt Rastatt eine Geschäftsstelle PFC sowie am Regierungspräsidium Karlsruhe eine Stabsstelle PFC eingerichtet, auf deren Internetseiten weitere Informationen zu diesem Schadensfall zu finden sind.

Seit Bekanntwerden der großräumigen Verunreinigung finde ein regelmäßiger Austausch mit allen Verantwortlichen zu den verschiedenen Themen und Entwicklungen statt, der für das Land außerordentlich wichtig und konstruktiv sei, so die Ministerin. Walker: „Klar ist: Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger muss oberste Priorität haben.“

Pressemitteilung

27.02.2023

Quelle: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Weitere Informationen

- ▶ [Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg](#)